

Zu viel oder zu wenig ...

Fortsetzung von Seite 1

Dagegen formiert sich inzwischen ein Widerstand, der seitens der Bürger ausgeht, die sich mit Unterschriften wehren und so manchen Abriss bereits verhindert haben. In Leipzig etwa konnten viele Gründerzeithäuser nur aufgrund der Aktivitäten des dortigen Stadtforums erhalten werden. Das Stadtforum hat sich mit anderen Abrissgegnern in Sachsen zusammengetan, um Kritik daran zu üben, dass tausend denkmalgeschützte Gebäude im Rahmen des Stadtbbaus Ost für immer zerstört worden sind, als man 14 000 Altbauwohnungen beseitigt hat. Aber das sei nach Ansicht der Abbruchkritiker erst der Anfang, die Abrisswelle sei erst in Gang gekommen. Bis 2009 soll jede dritte der über eine Million überzähligen Wohnungen in Ostdeutschland vernichtet werden. Bund, Länder und Kommunen können dabei auf finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 2,7 Milliarden Euro zurückgreifen.

„Jede fünfte Kommune in den neuen Bundesländern sieht den Rückbauschwerpunkt bereits in ihren gründerzeitlichen Beständen, jede siebte in der historischen Altstadt“, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadtforen Leipzig, Chemnitz und Freiberg. Sie wehren sich dagegen, dass die Zerstörung der Altstädte immer weiter voranschreitet. Ihr größter Vorwurf: Transfer-Steuergeelder werden missbraucht, um die

Professor Bernhard Müller, Direktor des IÖR, überzeugt.

Von einer Abriss hysterie noch weit entfernt

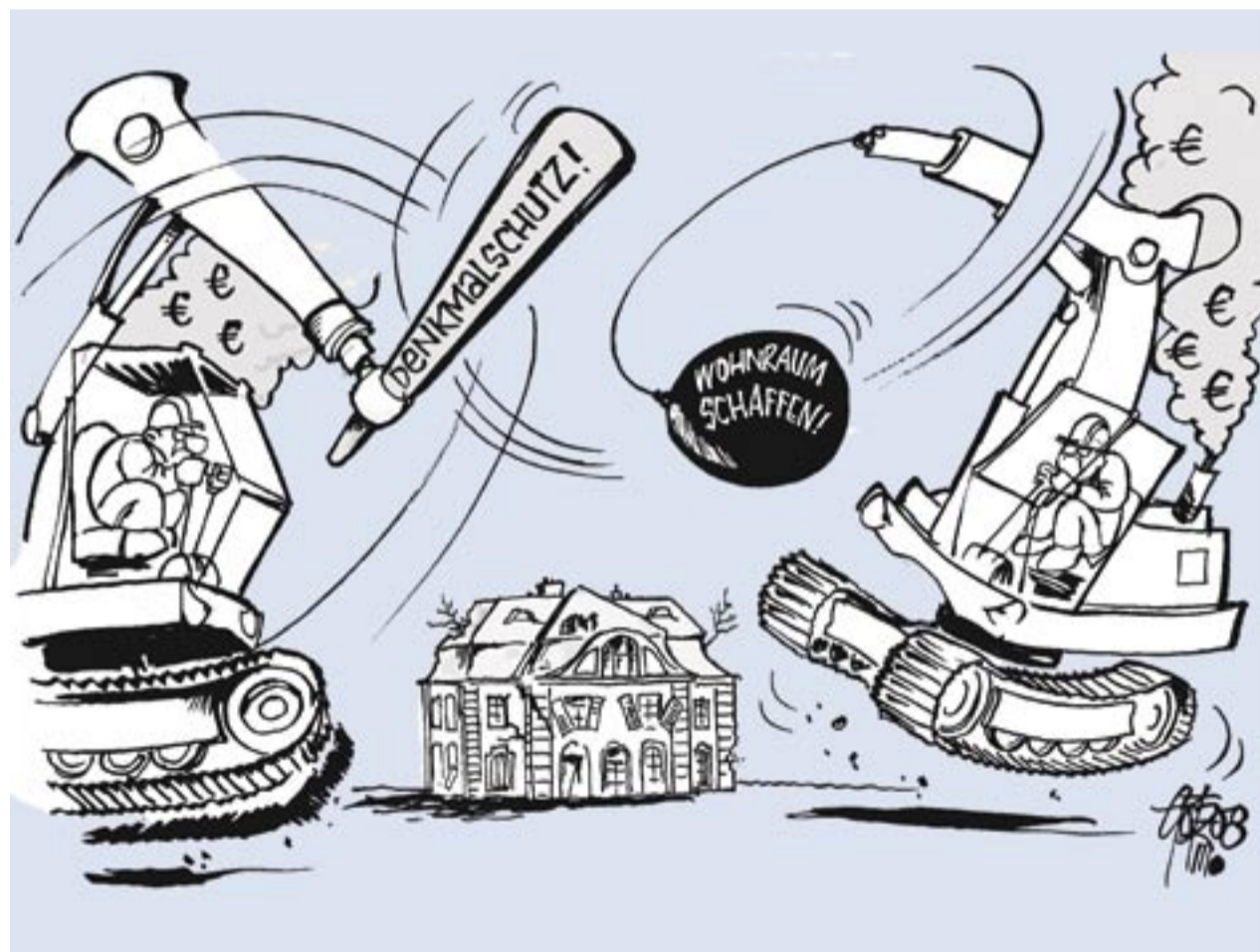
Seiner Meinung nach müsse Sachsen differenzierter betrachtet werden. „Sachsen ist das Bundesland mit den prozentual größten Wohnungsbeständen von vor 1918. Mit einem Anteil von fast 30 Prozent ist er mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland“, erklärt Müller. Gleichzeitig sei der Leerstand in diesem Altbausegment mit über 26 Prozent am höchsten. Die Leerstände in den nach 1949 bis 1990 errichteten Gebäuden seien erheblich niedriger, führt Müller aus. Die hohen Altbaubestände seien nicht in gleichem Maß nachgefragt, wie das in westlichen Bundesländern der Fall ist. Auch angesichts zukünftig steigender Energiekosten würde ein überalternder Gebäudebestand, dessen energetische Sanierung oft schwierig ist, zu einer zusätzlichen Bürde.

Zwischen 2000 und 2006 wurden in Sachsen 74 000 Wohnungen abgerissen – 2003 erreichte der Abriss von 17 000 Wohnungen bisher den Höchststand. Seitdem sinkt die Zahl der Abbrüche. So waren es 2006 insgesamt 9 000 Wohnungen, die platt gemacht wurden. „Man kann hier keinesfalls von einer Abriss hysterie sprechen“,

gemahnten – qualitativen Steuerungselemente in die Vergabe von Mitteln im Stadtbau einzubringen. So sollen Abbruchgelder unter anderem künftig nicht mehr für Gebäude vor dem Baujahr 1918 und ausgewiesene Baudenkmale ausgereicht werden, sowie flankierend zu Abbrüchen an den Stadträndern in den innerstädtischen Quartieren verstärkt Investitionen zur Aufwertung erfolgen. Sachsen sträubt sich noch dagegen. Laut der Abbruchgegnern verwende das Bundesland angeblich 90 Prozent der Mittel aus dem Stadtbau für den Abbruch und zehn Prozent für Aufwertungsmaßnahmen. Dabei hatte der Bund die Vorgabe gemacht, das Geld möglichst gleichwertig zum Abbau von Leerständen und zur Aufwertung der innerstädtischen Quartiere einzusetzen.

Abrissmaßnahmen unausweichlich

Immerhin ist längst erwiesen: Mit einem Abriss eines unrentablen und nur schwer vermietbaren Altbaus kann die Umgebung aufgewertet werden. Deutliche Qualitätssteigerungen des gesamten Umfeldes sind dadurch möglich. Fakt ist auch, ein Neubau ist oftmals wesentlich effektiver und kostengünstiger statt teures Geld in Modernisierungen und Renovierungen von Gebäuden zu stecken, die wie die Plattenbauten ohnehin nicht zu retten



Denkmalschutz versus Abbruch.

Zeichnung: Götz Wiedenroth

Sächsische Aufbaubank vor den Folgen ihrer Fehlinvestitionen in die DDR-Plattenbaugelände zu bewahren.

Ohne Abbruch droht hohe Leerstandsquote

Aber nicht alle teilen die massive Kritik am Abriss. Zum Beispiel warnt das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) vor einer einseitigen Kritik an Abrissmaßnahmen von Gebäuden im Rahmen des Programms Stadtbau Ost. Das Institut befürchtet, dass ohne Abrissmaßnahmen vielen Städten und Gemeinden eine deutliche Steigerung der Wohnungsleerstandsquote, vor allem in Altbaubeständen, droht. Darüber hinaus könnten hohe Nebenkosten und die energetisch schwierige Sanierung der Altbauten zu einer Erblast für kommende Generationen werden. „Das vehemente Eintreten für den Erhalt der Gebäudebestände von vor 1945 hilft den von Leerstand und Bevölkerungsschrumpfung betroffenen Städten und Gemeinden nicht“, ist

gibt Clemens Deilmann, Abteilungsleiter Wohnungswesen und Bauökologie im IÖR, zu bedenken. Ganz im Gegenteil: Die Abrissquoten seien viel zu gering. Eine Studie des IÖR zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt ergab, dass ein Rückgang der Abrisszahlen auf nur 12 000 Wohnungen pro Jahr den Leerstand in Sachsen bis zum Jahr 2030 von bisher insgesamt 17 Prozent auf 23 Prozent ansteigen lassen würde.

In einem Punkt sind sich aber alle Seiten, ob Abbruchgegner wie -befürworter, einig: Eine umsichtige und vorausschauende Stadtplanung wird eine der großen Herausforderungen der Zukunft sein. Dabei kommt es laut Clemens Deilmann darauf an, dass Stadtplanungsentscheidungen auf Basis stichhaltiger Informationen erfolgen. Positiv bewerten die Abbruchgegner, dass die Bundesregierung mittlerweile die Gefährdungen aus dem Stadtbau erkannt habe und beabsichtige, die von den Experten schon lange an-

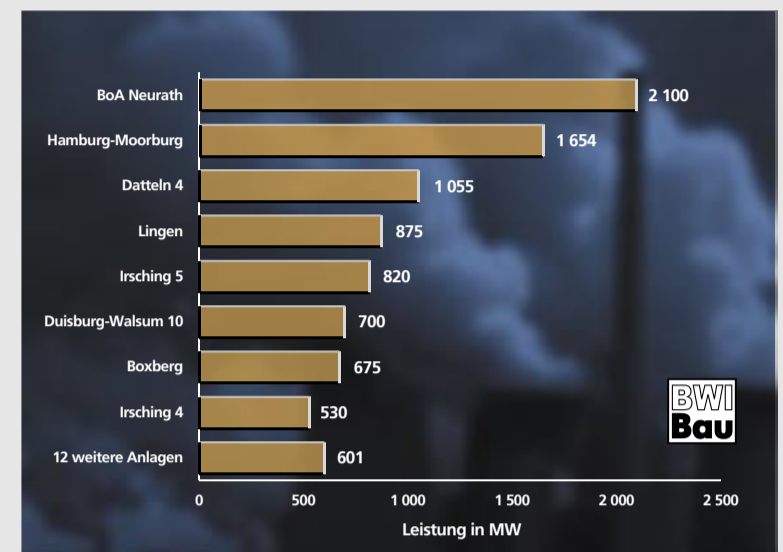
sind. In diesem Fall bleibt der Abbruch ohne weitere Alternative. Dass Plattenbauten weichen müssen, daran führt kein Weg vorbei. Doch darf man dies nicht einfach in einen Topf mit dem Denkmalschutz werfen. „Abrissmaßnahmen können vor Innenstädten nicht Halt machen. Hier erfordert der Abriss von Altbaubeständen jedoch intensive Beteiligungsprozesse, bei denen eine Vielzahl von einzelnen Privateigentümern eingebunden werden müssen“, meint Bernhard Müller vom IÖR. Sowohl beim Abriss von Plattenbauten als auch von Altbauten sei außerdem eine weitsichtige Grünplanung unerlässlich, die mit der Stadtplanung Hand in Hand geht und die Nutzung der frei gewordenen Flächen koordiniert. Solche Flächen können durch gezielte Planung für eine Verbesserung des Wohnumfeldes und der Wohnqualität genutzt werden.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie im Internet unter www.stadtforum-leipzig.de sowie unter www.ioer.de.

Aktuelle Grafiken

Deutlicher Anstieg der Studienanfänger

Studierende im 1. Semester Bauingenieurwesen

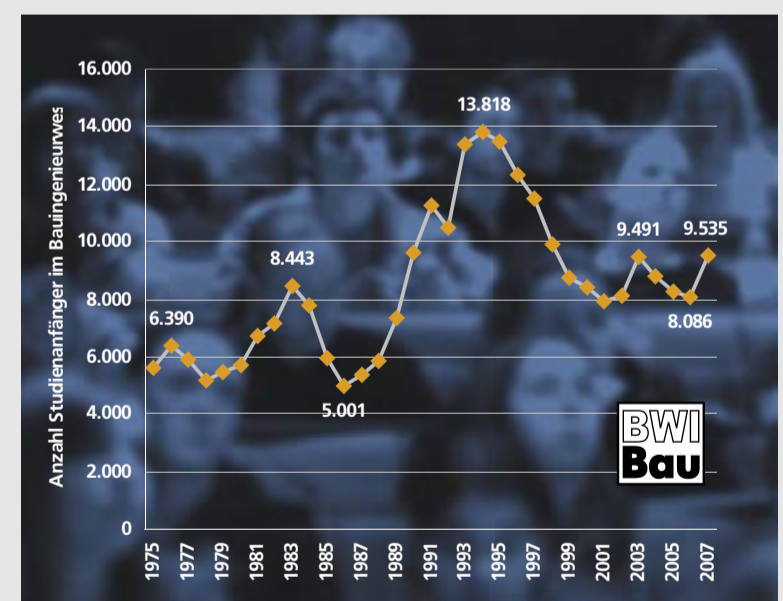


Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben rund 358 200 Studienanfänger und -anfängerinnen in Deutschland ein Studium im Studienjahr 2007 (Sommersemester 2007 und Wintersemester 2007/2008) aufgenommen. Davon schrieben sich rund 9 500 Studenten (2,7 Prozent aller Studienanfänger) im Bereich Bauingenieurwesen ein. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung um rund 1 450 Studenten oder 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die ungünstigen Konjunkturdaten der Bauindustrie hatte in den vergangenen Jahren viele Studienanfänger von einem Bauingenieurstudium abgeschreckt. Hatten sich 1994 noch über 13 800 Abiturienten für dieses Studium an deutschen Hochschulen eingeschrieben, reduzierte sich diese Zahl bis 2006 auf 8 100 Immatrikulationen. Jetzt könnte angesichts der guten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für Bauingenieure die Trendwende eingeleitet worden sein.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Energiewirtschaft modernisiert Kraftwerkspark

Anlagen für acht Milliarden Euro im Bau



Anfang 2008 waren in Deutschland 20 Kraftwerke mit einer Leistung von zusammen rund 9 000 Megawatt (MW) im Bau. Das ermittelte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin. Die Bestandsaufnahme erfasst Anlagen ab 20 Megawatt Leistung. Darunter sind acht Großkraftwerke mit einer Leistung von 500 und mehr Megawatt. Die neuen Kraftwerke sollen bis etwa 2012 in Betrieb gehen und haben ein Investitionsvolumen von rund acht Milliarden Euro. Die neue Kraftwerksgeneration wird vorwiegend ältere Kohlekraftwerke ersetzen sowie Kernkraftwerke, die vom Netz genommen werden sollen. Seit 2001 wurden 53 größere Kraftwerke mit zusammen rund 8 400 Megawatt Leistung in Betrieb genommen. Insgesamt müssen bis 2020 etwa 40 000 Megawatt Kraftwerksleistung ersetzt werden. Die Modernisierung umfasst damit gut ein Viertel der gesamten Kraftwerkskapazität in Deutschland von gut 140 000 Megawatt. Mit Sorge beobachtet die Energiewirtschaft allerdings den wachsenden Widerstand gegen Kraftwerksprojekte, der sich aktuell sowohl gegen Kohlekraftwerke als auch gegen Wasserkraftwerke, die Windenergie oder den Bau von Stromleitungen richtet.

Datenquelle: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.